

Initiative gegen den Stillstand

Politische Forderungen. Eine überparteiliche Gruppe will die Demokratie reformieren.

ANDREAS KOLLER

WIEN (SN). Der Name („Initiative für Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“) ist ein wenig sperrig. Die dahinter stehenden Personen sind umso agiler: Heinrich Neisser etwa, langjähriger ÖVP-Politiker und einst Zweiter Nationalratspräsident. Gerd Bacher, legendärer ORF-Generalintendant. Peter Michael Lingens, Gründer und langjähriger Herausgeber des „profil“. Der Verfassungsrechtler Theo Öhlinger. Die Salzburger Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler. Der Philosophieprofessor Norbert Leser, der seiner Partei, der SPÖ, in Hassliebe verbunden ist. Ex-EU-Kommissar Franz Fischler. SPÖ-Pensionistenchef Karl Blecha. Und viele andere.

Personen statt Listen

Sprecher der Initiative ist Herwig Hösele, einst Vertrauter der steirischen Landeshauptleute Josef Krainer und Waltraud Klasnic, heute als Berater tätig.

Die parteiübergreifende Initiative hat sich eine grundlegende Reform der heimischen Demokratie zum Ziel gesetzt. „Jetzt wäre die beste Zeit dazu“, sagt Hösele im SN-Gespräch. Der Nationalrat habe mangels Gesetzesvorlagen derzeit „ohnehin keine sehr dicken Tagesordnungen“, sodass sich die Parlamentarier – sagt Hösele – ebenso gut mit der Demokratiereform befassen könnten.

Die Forderungen der „Initiative für Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ liegen bereits



WAHL LOKAL



Sämtliche Wahlen an einem Tag: So lautet einer der Reformvorschläge.

Bild: SN/APA/ANGELIKA WARMUTH

auf den Tischen der maßgeblichen Politiker:

■ Eine Wahlrechtsreform, bei der nicht die von den Parteien erstellten Listen, sondern die Kandidaten im Mittelpunkt stehen. Diese sollen alphabetisch gereiht werden. Ins Parlament kommt, wer die meisten Vorzugsstimmen sammelt.

■ Konzentration der Nationalrats-, Landtags- und Bürgermeisterwahlen auf einen Tag („Super Sonntag“), um nicht durch permanente Wahlkämpfe und Schielen auf Zwischenwahltermine die Innenpolitik zu lähmen.

■ Bürgermeisterdirektwahlen in allen Bundesländern.

■ Stärkere Einbindung der Wähler bei der Kandidatenfindung.



Bild: SN/APA

„Jetzt wäre die beste Zeit für eine Reform.“

Herwig Hösele,
Politikreformer

■ „Sorgfältigerer Umgang mit Volksbegehren“. Bisher habe es 32 Volksbegehren gegeben. Die Politik habe nur drei von ihnen stattgegeben, alle anderen wurden schubladiert. Überlegenswert wäre es, gut unterstützte Volksbegehren einer Volksbefragung zu unterziehen. Diese ist zwar auch nicht bindend für die Politik, gibt den Politikern aber Aufschluss

darüber, wie die Mehrheit denkt.

■ Weiters will die Initiative über eine Reihe von Punkten diskutieren. Etwa über eine Reform der Parteienfinanzierung; über eine stärkere Einbeziehung der EU-Mandatäre in die österreichische Gesetzgebung; über die Einführung einer Richtlinienkompetenz für den Bundeskanzler; über das Weisungsrecht der Justizministerin gegenüber den Staatsanwälten; und vieles mehr.

Das alles solle, wünscht Initiativesprecher Hösele, im Zuge einer großen parlamentarischen Enquete diskutiert werden. Über Gesprächstermine bei Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und ÖVP-Klubchef Karlheinz Kopf verfügt man bereits.